

Landtagswahl  
am  
20. Januar 2013

Wählen  
gehen!

IHR  
KANDIDAT:

CLAUS PETER POPPE



## Unterwegs für den Wechsel!

Dieses Motto hat der Landtagsabgeordnete Claus Peter Poppe im Sommer und Herbst wörtlich genommen. Sämtliche Städte, Gemeinden und Samtgemeinden des Wahlkreises hat er besucht, fast alle mit dem Fahrrad, um auch abseits der Hauptstraßen, in Feld und Flur, die Besonderheiten der heimischen Landschaft aufzunehmen und zu „er-fahren“. Unzählige Gespräche hat er bei diesen Anlässen geführt, sämtliche Anliegen, die Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennen, vorgestellt bekommen. Im Vordergrund standen immer wieder die Themen Kindererziehung und Betreuung und Bildungschancen von Jugendlichen. Aber auch Umweltfra-

gen, die Strukturveränderung in der Landwirtschaft, Straßen- und Radwegebau und viele örtliche Einzelthemen wurden mit den Bürgermeistern und Vereins- und Verbandsvertreterinnen und -vertretern erörtert.

Dort, wo keine direkte Auskunft möglich ist, werden stets Kontakte zu den zuständigen Stellen hergestellt. „So sehe ich meine Aufgabe“, sagt der Abgeordnete, „immer nah bei den Leuten zu sein.“



## Eltern wollen gute Schulen

Auf diese einfache Formel lassen sich nach Überzeugung von Claus Peter Poppe die größte

Zahl der Forderungen zum Thema Schule bringen. Darum will er dazu beitragen, nicht

über Strukturen zu diskutieren, sondern über Schulqualität und damit über Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Dazu gehören schon vor der Schulzeit mehr Krippenplätze. Dazu gehört ein verbessertes Ganztagsangebot, ein Ende der Benachteiligung von Gesamtschulen und dazu gehören kleinere Klassen.

„Es wird keine Schulform abgeschafft, die SPD setzt auf gute Entscheidungen vor Ort!“, betonte der Abgeordnete, der seit 2008 auch Vorsitzender des Kultusausschusses ist. Er weiß sich darin einig mit dem SPD-Spitzenkandidaten Stephan Weil, der genau diese Linie mehrfach vertreten hat.



**Spiering zum  
Bundestags-  
kandidaten der SPD  
für den Landkreis  
gewählt**

Die Landkreis SPD hat die ersten Schritte für die Bundestagswahl im September 2013 gemacht. Einziger Kandidat für den Bundestagswahlkreis 38 – Osnabrück Land – war der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Rainer Spiering.

Nach seiner persönlichen Vorstellung übte Rainer Spiering scharfe Kritik an der Regierung Merkel. Er verglich die Energiewende der Regierungskoalition mit einem Kinderkreisel. Sie sei mit großem Getöse gestartet, wurde mit Lichterglanz und großer Aufmerksamkeit in Schwung gebracht, sei allerdings ohne erkennbare Richtung geblieben



und viele nun langsam nach großem Energieverlust um. Politik sei kein Kinderspiel, fasste Spiering zusammen, sie müsse Richtung und Ziel haben, Handlungsfähigkeit zeigen und allen Menschen dienen. Dabei seien die Ziele, die er im Falle seiner Wahl für den Landkreis umsetzen wolle, vielschichtig. Spiering nannte neben der selbstständigen und sicheren Energieversorgung die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Chancengleichheit in der Bildungsfrage und den Kampf gegen die unselige und unwürdige Altersarmut. „Ich begrüße den Vorschlag, Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten der SPD zu machen, ausdrücklich“, betonte Spiering. „Er und die SPD stehen für den Mut, Dinge zu ändern, die man ändern kann“.

# Spiering: Diskussion um Prämienzahlungen völlig überzogen

Wer die Beiträge in den letzten Wochen über die unrechtmäßigen Zahlungen von Beamtenprämien verfolgt hat, dem sei Verwunderung nicht vorzuwerfen. Große Schlagzeilen und Passbilder von Personen auf Titelseiten, die wie Fahndungsfotos anmuten, lassen eher darauf schließen, dass überhöhte Prämien gezahlt wurden oder sich jemand selbst bereichert hätte. Alles falsch. Es handelt sich vielmehr um eine Meinungsverschiedenheit über eine Rechtsanwendung als um ein Strafdelikt, so die Einschätzung von Rainer Spiering, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe im Kreistag. Nach

Meinung des Kommunalrechtlers Jörn Ipsen sei die Regelung in der Stadt Osnabrück sogar zulässig. Ganz konkret geht es um die Auslegung der Niedersächsischen Leistungsprämien- und Zulagenverordnung, letztmalig geändert im November 2008 durch das Niedersächsische Innenministerium. Mit ihr sollte erreicht werden, Beamtinnen und Beamten ähnlich wie Tarifbeschäftigten, also Angestellten im öffentlichen Dienst, Leistungsprä-



mien zu gewähren. Nach dieser Vorschrift dürfen allenfalls 15 Prozent der Kommunalbeamten für besondere Leistungen mit einer Zulage bedacht werden. Und darin liegt nun die Krux. Insgesamt 3 Kreise und 40 Kommunen in Niedersachsen haben sich eben nicht genau an diese 15 Prozent gehalten, sondern nach den jeweiligen Zielvereinbarungen Prämien an ihre Beschäftigten ausgezahlt. Unterm Strich sind die Gesamtprämien allerdings nicht höher ausgefallen als die größtmögliche Belohnungs-

summe für die 15 Prozent der Beamten. Also worum geht es hier eigentlich? Gegen den Verdacht der Untreue wird nun ermittelt. Spiering sieht den Schwerpunkt der Diskussion rund um die Prämienzahlungen vielmehr in der Gleichbehandlung zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten, zumal letztgenannte ohnehin seit Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld Abzüge hinnehmen mussten. Eine Änderung des Besoldungsrechts ist längst überfällig, wobei auf die zahlenmäßige Vorgabe zur Vergabe von Leistungsprämien einfach verzichtet werden sollte, schlägt Spiering vor.

## Eggeling unterstreicht große Bedeutung des Elternwillens

In seiner Rede zum Tagesordnungspunkt 10 der vergangenen Kreistagsitzung hob der Vorsitzende des Bildungsausschusses von der SPD/UWG-Gruppe, Volker Theo Eggeling, die Notwendigkeit einer Elternbefragung für die geplante Schulentwicklungsplanung hervor. Genauso wichtig sei eine intensive Vorbereitung und die Unterstützung eines externen Instituts, um zu einem zukunftsfähigen Ergebnis in der Schullandschaft im Landkreis Osnabrück zu gelangen, so Eggeling. Die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dazu wurden mehrheitlich abgelehnt. „Die Gründe sind zwingend“, erläutert Eggeling. „Wer einen Änderungsantrag vorlegt – die Betonung liegt auf Änderung – muss auch tatsächlich Änderungen vorschlagen. Nicht nur sprachliche Änderungen, sondern Änderungen

in der Sache. Alles andere ist Wortgeklümper für die Galerie“. Die große Zustimmung für den Verwaltungsvorschlag in diesem Zusammenhang wertete Eggeling als Sternstunde dieses Kreistages, weil es gelungen ist, in der Schulstrukturfrage, die bekanntlich seit Jahrzehnten von tiefen Grabenkämpfen

geprägt war, zu einer gemeinsamen Linie zu kommen. Zum Ende seiner Rede appellierte der Bildungsexperte nochmals an die Grünen, nicht den großen Konsens in der Schlüsselfrage der Zukunft für den Landkreis durch substanzlose Schaufensteranträge in der Öffentlichkeit zu zerreden.

## Rainer Spiering: Wir stehen zum FMO

Der Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) ist in den vergangenen Jahren Teil unserer individuellen Beweglichkeit geworden. Mit kurzen Anfahrtswegen können sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises Osnabrück die Metropolen Europas, ja sogar der Welt, erschließen. Die OLT (Ostfriesi-

Mehr Infos unter [www.lkos-spdfraktion.de](http://www.lkos-spdfraktion.de) und jetzt auch auf facebook und twitter.

**SPD -UWG Gruppe im KREISTAG des Landkreises OSNABRÜCK**

sche Lufttransport) GmbH ist ein zusätzlicher attraktiver Anbieter vor Ort. Am 24. September entschied sich der Kreistag für eine Kapitalaufstockung für den Regionalflughafen. Der Flughafenbetreiber musste sich in den letzten Jahren starker Konkurrenz erwehren, trotzdem ist er wirtschaftlich gut zurechtgekommen. Anders als vergleichbare Flughäfen wie Dortmund oder Paderborn musste der FMO jedoch seine Investitionen immer aus dem laufenden Geschäft begleichen. Die Zinslast der Investitionen ist hoch geworden. Die große kommunale Gemeinschaft der Städte Münster, Osnabrück und der Landkreise Steinfurt und Osnabrück wollen

jetzt den Wettbewerbsnachteil durch eine Kapitalerhöhung ausgleichen. „Für unseren Landkreis vergleichsweise einfach“ erläutert Rainer Spiering, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe im Kreistag, „denn er ist nur zu fünf Prozent beteiligt. Wir glauben, es ist der richtige und notwendige Schritt. Es geht nicht um Geld für eine Startbahnlängerung, sondern um Erhalt und Stärkung unserer regionalen Infrastruktur. Daran wollen wir uns gerne beteiligen.“

